

Rede der FAU Frankfurt zum ersten Mai 2026 - Statt Sparen bei den Armen, streichen bei den Reichen!

Hallo,

*ich freue mich Euch im Namen der Gewerkschaft Freie Arbeiter*innen Union in unserem antiautoritären und sozialrevolutionären Block begrüßen zu dürfen.*

Auch wenn ihr persönlich wahrscheinlich wenig davon mitbekommen habt – 2025 war das Jahr der Superreichen.

Das heißt, die Anzahl der Milliardär*innen überschritt im letzten Jahr erstmals die 3000er Marke. Ihr Vermögen vermehrte sich um sage und schreibe 2,1 Billionen Euro. Dieser Zuwachs entspricht nahezu dem gesamten Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung.

Auch in Deutschland ist die Zahl der Milliardär*innen 2025 um ein Drittel auf 172 gestiegen. Deutschland liegt damit, bezogen auf die Anzahl Superreicher weltweit an vierter Stelle.

Nur ein Millardär oder **eine** Millardärin benötigt weniger als anderthalb Stunden um das durchschnittliche Jahreseinkommen zu verdienen!

Vor diesem Hintergrund entlarvt sich die nicht enden wollende Sparlitanei deutscher Politik und Wirtschaft und die Merzsche Mähr eines angeblich nicht mehr finanzierbaren Sozialstaates schlichtweg als Lüge.

Es ist nicht zuletzt die Entwicklung der Milliardärsvermögen, die die neuerlichen Angriffe auf unsere Leben in Form von sozialem Abbau als das erscheinen lassen, was sie sind: Ungerecht, einseitig und deshalb nicht akzeptabel!

Während Menschen demnächst angesichts der Abschaffung des Bürgergeldes bei nicht Wohlverhalten mit Sanktionierung auf bis zu 0 € rechnen müssen, bleiben die Superreichen einmal mehr unbehelligt von den Zumutungen sozialer Verantwortung.

Statt die Steuern für Supperreiche zu erhöhen, nimmt die Regierung lieber Hunger und Wohnungslosigkeit Bedürftiger in Kauf, denn die

Sanktionierungsmöglichkeiten exkludieren künftig nicht einmal das Wohnungsgeld.

Während die Vermögen der Milliardär*innen weiter rasant steigen und selbstverständlich **auch** auf die im Grundgesetz verankerte Möglichkeit einer einmaligen Abgabe für eben jene Gruppe der sehr Reichen verzichtet wird, mussten Bürgergeldempfangende zum zweiten Mal in Folge eine Nullrunde bei der Erhöhung des Bürgergeldes hinnehmen.

Nicht einmal für den Griff in die Tasche der ukrainischen Kriegsgeflüchteten war man sich zu schade. Sie müssen sich künftig mit dem 20% niedrigeren Satz für Asylsuchende begnügen.

Wer meint, die aktuelle Diskussion um die Erhöhung des Spitzensteuersatzes zielt ausgleichend auf die Gruppe der Superreichen, irrt. Betroffen von einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes wäre nach den aktuell diskutierten Modellen in erster Linie der Mittelstand.

Angesichts dieser Unverhältnismäßigkeiten passt es ins Bild, dass Wirtschaftskriminelle von den Steuerbehörden in Deutschland weitestgehend in Ruhe gelassen werden. Aufgrund von Personalmangel entgehen dem Fiskus jährlich ca. **100** bis **125** Milliarden Euro. Das entspricht übrigens dem für dieses Jahr bewilligten Militärhaushalt.

Die Zielrichtung aktuell vorgeschlagener Einsparmaßnahmen ist auch in anderen Bereichen immer die selbe.

Ob Erhöhung des Renteneinstiegsalters, Einschnitte im Arbeitsrecht, wie zum Beispiel die weitere Demontage des 8-Stunden Arbeitstages, bzw. die Aufweichung des Kündigungsschutzes oder die angedachten Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen, sie alle treffen überproportional das Grob der Bevölkerung, während jene, die monetäre Einschnitte gut verkraften könnten, weitestgehend verschont bleiben.

Es ist beschämend, dass in dem wirtschaftsstärksten europäischen Land lediglich eines der geringsten Rentenniveaus Europas möglich sein soll.

Die deutsche Durchschnittsrente ist schon jetzt eher eine Basisrente und reicht insbesondere auf Grund stetig steigender Mieten nicht mehr zum Leben. Angesichts dieser Fakten sind Diskussionen über eine weitere

Absenkung des Rentenniveaus schlicht assozial und Phantasien über Kombilohn und die Ausweitung des Niedriglohnssektors (wie sie kürzlich vom Unternehmerverband gefordert wurden), unanständig.

Es sind nicht die Alten, die ein Bürde für die junge Generation darstellen, es ist vielmehr ein politisch gewolltes System massiver sozialer Ungleichheit und sozialer Spaltung!

Ob Kürzung bei den Integrationsmaßnahmen für behinderte Schüler*innen, die Abschaffung der freien Therapeut*innenwahl, die Erhöhung der Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung, Warkens Ankündigung, Tariflohnsteigerungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen nicht mehr vollständig übernehmen zu wollen, die angedachte Erhöhung der Medikamentenzuzahlung oder die geplante Einschränkung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – all diese Maßnahmen treffen Kranke, den ärmeren Teil der Bevölkerung oder Bedürftige.

Solidarprinzip – Fehlanzeige!

Die Abgrenzung der Regierungsparteien gegenüber dem rechten politischen Rand muss **auch** deshalb als Farce bezeichnet werden.

Es ist schließlich kein Geheimnis, dass die radikale Rechte historisch häufig vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheit, gestiegener Abstiegsängste und permanenter Krisenerfahrungen erstarkte.

Wer hier nicht gegensteuert und stattdessen Öl ins Feuer gießt, sollte vom Antifaschismus schweigen.

Jenen, die dem gerne von CDU und FDP verbreitetem Narrativ potentiell flüchtiger Reicher aufsitzen, sofern diese stärker belastet würden, sei gesagt: Es scheint sich lediglich um ein Bauchgefühl konservativer und neoliberaler Politiker*innen zu handeln, das wahrscheinlich mehr über die, die es verbreiten als über die betroffene Personengruppe selber aussagt.

Studien aus Großbritannien zeigen, dass Superreiche keinesfalls in das nahe gelegene Niedrigsteuerland Irland abwandern. Auch Superreiche der USA wechseln nicht in für sie günstigere Steuerstaaten. Ein ähnliches Bild ergibt sich bezogen auf die Schweizer Kantone.

Statt die Abschiebung weiterer, unter anderem gut Ausgebildeter zu planen, über Rentenkürzungen oder Arbeitszeiterhöhung zu schwadronieren und die Drangsalierung von Empfänger*innen der Grundsicherung voranzutreiben, muss sich die Verteilung der Vermögen ändern.

Dazu gehört auch: Wirtschaftskriminelle effizient zum Zahlen von Steuern zu bewegen und hohe Erbschaften zu besteuern.

Nicht notwendig hingegen ist eine weitere Belastung des Gesundheitssystems – ausgelöst durch die restriktiven Vorstellungen eines Kanzlers zur Kontrolle von Erwerbstätigen, etwa durch die Abschaffung der telefonischen Krankmeldung.

Lohnabhängige können in der Regel sehr gut entscheiden, wann sie arbeitsfähig sind und wann nicht. Auch die Entscheidung wieviel sie arbeiten wollen, ist ihre Entscheidung und nicht die einer verfehlten und anmaßenden Politik.

Wir empfehlen Merz, Bas, Warken und Konsorten die Überprüfung ihrer eigenen Arbeitszeiten. Vielleicht ließe sich dann etwas anderes konstatieren, als neoliberale Gequatsche und von Hass und Misstrauen geprägte Angriffe auf sozial Schwache und Lohnarbeitende.

Wir fordern:

- Sozialabbau stoppen!
- Schluss mit der Drangsalierung Lohnabhängiger!
- Hände weg von Kündigungsschutz!
- **Statt sparen bei den Armen, streichen bei den Reichen!**

Für den Aufbau einer antiautoritären, sozialrevolutionären Bewegung, die ihre Belange selber in die Hand nimmt!